

Redaktion Administration Druckerei
L. Kolowratring, Pflöggasse Nr. 9-11.
Telephon-Nummern: Redaktion 57333 Serie,
Administration 7024, Inseratenabteilung 1083.
Prager Redaktion: Wolsberger, Jungmannstr. 71.

Abonnement für Wien und das Inland:
Monatlich:
Fern Abholen: L. Wollzeile 20, Tel. 75143,
oder L. Pflöggasse 9-11 K 40.000
Zum Abholen in den Straßen und anderen
Wohnungsorten K 40.000
Bei täglicher Postzustellung für Wien K 40.000
Bei täglich einmaliger Zustellung in die
Provinz (Nr. 334 der österr. Zeitungsliste) K 40.000
Bei täglicher zweimaliger Zustellung in die
Provinz (Nr. 333 der österr. Zeitungsliste) K 40.000

Abonnement für das Ausland:
Alle Postzustellungen täglich | ein- | zwei-
mal
Czech.-Slow. Rep. u. E. 22 24
Ungarn Ugg. K 12.000 12500
Jugoslawien Dinar 80 82
Deutschland Goldmark 4
Polen Polonmark 300.000 4
Frankreich Franc 17
Italien Lire 120
Rumänien Lei 120
Alle übrigen Staaten Schw. Fr. 6



Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Inseraten-Aannahme
In unserem Bureau Wien, L. Pflöggasse Nr. 11
(Tel. Nr. 1082), L. Wollzeile 20 (Tel. Nr. 75143),
L. Sebelstrasse 1-3 (Tel. 7180, 61 Anz.) und bei
allen Inseraten-Bureaus des In- und Auslandes.
Inseratenpreise nach anhängendem Tarif.

Postsparkassenkonten:
Wien Nr. 26.727 | Agram Nr. 40.000
Prag Nr. 26.727 | Ljubljana Nr. 26.727
Budapest Nr. 26.727 | Sarajevo Nr. 7.082
Warschau Nr. 190.176
Postsparkasse Berlin Nr. 123.783.

Konto bei der Schweizerischen Kreditanstalt,
Zürich, der Banca Commerciale Triestina, Triest,
und der Banca Marmorata, Blank & Co., Bukarest.

Einzelverkaufspreise:
Morgenblatt am Wochentage oder
Nachmittagsblatt am Montag
oder nach zwei Feiertagen K 1.500
Samstags- oder Feiertagsblatt K 1.000
Abendblatt K 600

Abonnements können nur vorbehaltlich einer ent-
sprechenden Nachzahlung bei eventuellen Preis-
erhöhungen entgegengenommen werden.

Für die an Agenten, Ausrichter oder Vermittler
gehenden Beiträge ist kein Kurs.

Nr. 21271 Wien, Mittwoch, den 28. November 1923.

Im redaktionellen Teil (Kleine Chronik, Lokalbericht, Theater- und Kunstnachrichten, Economist) enthaltene gesellschaftliche Mitteilungen sind durch + kenntlich gemacht.

Ein Kabinett des bürgerlichen Blocks wahrscheinlich.

Mit Stegerwald als Kanzler.
Telegramm unseres Korrespondenten.
Berlin, 27. November.
In später Abendstunde ist die Wahrscheinlichkeit für die Bildung eines Kabinetts des bürgerlichen Blocks mit Einschluß der Deutschnationalen gewachsen. Als aussichtsreichster Kandidat für den Kanzlerposten kommt der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald in Betracht.
Die Deutschnationalen haben auf einen großen Teil ihrer Programmpunkte verzichtet.

Aufsehung des Düsseldorf Abkommens durch England.

Die Instruktionen Bradburys.
Telegramm unseres Korrespondenten.
London, 27. November.
Heute fand im Auswärtigen Amt unter Leitung der beiden Staatssekretäre eine Beratung der juristischen und finanziellen Sachverständigen der Regierung statt, um die Stellungnahme der englischen Regierung zu dem französisch-belgischen Abkommen mit den Ruhrindustriellen festzulegen. Es verlautet, daß Sir John Bradbury, der an der heutigen Beratung in London teilnahm, im Auftrage der englischen Regierung am Freitag in der Reparationskommission den Grundstoß vertreten werde, daß von dem Werte der deutschen Reparationsleistungen, gleichgültig aus welcher Quelle sie fließen, nur der Betrag von 12 Millionen Pfund Sterling für Besetzungskosten abgezogen werden dürfe, wie es im Jahre 1922 zwischen den Alliierten vereinbart wurde. Die Tatsache, daß Frankreich und Belgien aus der Besetzung des Ruhrgebietes weitere Ausgaben erwachsen, die nicht neben den laufenden Besetzungskosten für das linke Rheinufer und das Saargebiet aus dem obengenannten Betrage bestritten werden können, gewährt nach englischer Auffassung Frankreich und Belgien nicht das Recht, sich die Okkupationskosten für die Ruhrbesetzung, wie dies in den neuesten Verträgen geschehen ist, vorweg zu sichern, da von englischer Seite der Standpunkt vertreten wird, daß die französisch-belgische Sonderaktion im Ruhrgebiet ungesetzlich sei, weil sie nicht auf Grund eines einstimmigen Beschlusses erfolgt sei. Bestehen die Franzosen darauf, daß die Reparationskommission die französisch-belgischen Verträge mit den deutschen Industriellen mit Stimmenmehrheit annehmen soll, so dürfte von englischer Seite wieder angeregt werden, durch das Haager Schiedsgericht die Gesetzmäßigkeit des französischen Vorgehens und die französische Interpretation des Paragraph 18 des Anhangs zum Friedensvertrage nachprüfen zu lassen.

Regierungsvermittlung in der Streikfrage.

Drohung mit Einstellung der lebenswichtigen Betriebe.

Wien, 27. November.
Die Regierung will eingreifen. Der Streit in der Metallindustrie ist zu einer öffentlichen Gefahr geworden. Die Möglichkeiten sind so bedenklich, daß die Dinge über den Rahmen privater Verhandlungen zwischen Arbeiter und Unternehmer hinausgewachsen sind. Der Kanzler wird morgen an beide Parteien herantreten, er wird den Versuch machen, die mittlere Linie aufzuzeigen, die beide Teile befriedigt. Dieser Ausgleich ist zu finden, und bei einigem guten Willen auf beiden Seiten kann es wahrlich nicht schwer sein, zurückzukehren zu jener Arbeitstätigkeit, die ein unerlässlicher Bestandteil ist bei dem Rettungsversuch für Oesterreich. Denn nicht nur die Metallindustrie als solche mit ihren riesigen Massen, mit ihrem Wald von Schloten kommt in Frage. Die Arbeiter und Angestellten erklären schon jetzt, daß sie auch vor lebenswichtigen Betrieben nicht haltmachen wollen, und so können wir in der Zeit, da das Weihnachtsgeschäft beginnen soll, da die beste Gelegenheit sich bietet für Industrie, für Handel und Gewerbe, da der Winter die Empfindlichkeiten steigert, wir können es in dieser Zeit erleben, daß die Tramway zum Stillstand kommt, das elektrische Licht in Straßen und in Wohnungen verlöschen muß, daß die Maschinen, die durch elektrischen Strom betrieben werden, feiern und Verkehrslosigkeit und Verdröng in alle Städte von Oesterreich einziehen.
Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß ein Lohnstreik, der schließlich nicht um Probleme der nächsten Existenz, um Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse handelt, dazu benützt wird, um die ganze Bevölkerung in Schrecken zu versetzen. Es sollte nicht geschehen, daß so furchtbare Waffen angewendet werden, ohne daß wirklich die unbedingteste Notwendigkeit sich aufdrängt und ohne daß jeder billig Denkende zugestehen müßte, daß tatsächlich nichts anderes übrig bleibe, als mit der Keule dreinzuschlagen und nach revolutionären Methoden vorzugehen. Denn, wenn schon ein Kampf wegen einer Gehaltserhöhung zu solchen Konsequenzen führt, zur Lahmlegung der Verkehrswirtschaft, zur Verarmung und Verkrüppelung des großstädtischen Lebens, was soll dann erst geschehen, wenn die Arbeiter und Angestellten um ihr nächstes Dasein zu ringen haben, um die Grundrechte politischer und gewerkschaftlicher Freiheit, um die wesentlichen Errungenschaften ihres Standes. Auch dürfen sie folgendes nicht vergessen: Allzu scharf

macht ichartig. Vorläufig steht die Deffentlichkeit dem Streite in der Metallindustrie vollständig neutral gegenüber. Das müßte sich jedoch wesentlich ändern, wenn die gesamte Bevölkerung einschließlich der Arbeiterschaft selber, vor dem Zusammenbruch, vor der schwersten Unsicherheit, vor der Gefahr der Lichtlosigkeit stände, die das Leben zur Qual gestaltet. Der Versuch, auf solche Art Millionen in Mitleidenschaft zu ziehen, die mit diesem Konflikte nicht das geringste zu schaffen haben, müßte auch bei den Massen Erbitterung erzeugen und tiefste Verdröngung.

Es wäre besser gewesen, wenn diese PreSSION unterblieben wäre, wenn wir nicht vor dem Ausland das Schauspiel böten, wie ökonomische Gegenjäge politisch ausgegtragen, in eine politische Nachfrage, in einen Klassenkampf verwandelt werden. Es wäre besser gewesen, die gerade Linie einzuhalten, die ja sicherlich, wir wiederholen es, bei einigem guten Willen zum Ziele führt. Denn die Gegenjäge, die heute noch bestehen, sind keineswegs so tiefgehend, daß tatsächlich ein ökonomischer Armageddon, eine Nierenklacht, ein Generalsturm gerechtfertigt wäre. Vor allem, zwischen Arbeitern und Unternehmern herrscht beinahe völlige Einigkeit. Sie verlangen sechs Prozent und die Unternehmer wollen fünf gewähren. Es würde nur eine winzige Anstrengung erfordern, gleichsam eine Handbewegung, um diese fadenblauene Wand rasch zu durchstoßen. Anders und einigermassen ernster steht es zwischen Unternehmern und Angestellten. Hier ist der eigentliche Kampfplatz und zwischen diesen beiden Gruppen ist noch keinerlei Möglichkeit des Kompromisses. Denn die Angestellten verlangen eine generelle Steigerung der Löhne, sie wollen eine Valorisierung auf der niedersten Stufe, die über den Friedensgehalt hinausgeht, die Unternehmer aber fordern das Recht, nur individuell und ohne Berücksichtigung der unteren Schichten die Gehalte zu verbessern. Die Angestellten haben ihre Forderung von fünfundsiebenzig Prozent auf zwanzig und jetzt auf fünfzehn Prozent vermindert, aber zwischen generell und individuell, zwischen diesen beiden sich widersprechenden Begriffen, ist keine Brücke und dieser Punkt ist der eigentlich kritische; hier wird das Ringen ausgefochten.

Der Friede muß hergestellt werden, weil Oesterreich Frieden braucht. Der Friede muß jedoch so hergestellt werden, daß er den Grundstoß zur Beldung bringt, den je auch die Beamten anerkennen, den Grundstoß, daß Stärke der Leistung, Ernst und Fleiß belohnt werden müssen, und daß hervorragende Menschen, Menschen der Initiative, des Schwunges und der schöpferischen Fähigkeiten nicht hineingezwängt werden in das Prokrustesbett einer veralteten Schablone. Der Friede muß ferner geschlossen werden mit Rücksicht auf unsere Konkurrenzfähigkeit, mit Rücksicht auf die enormen Selbstkosten, die täglich anwachsen, und unsere Kraft, zu exportieren, unsere Gewalt auf dem Weltmarkt bereits empfindlich geschwächt haben. Wollen

Das heutige Morgenblatt enthält:
„Juristenzeitung.“ „L. Wenger: Ludwig Mitteis und sein Werk.“ von Professor W. Blaffat. Seite 17 und 18.
„Die unehelichen Kinder und das Familiengläubigergesetz.“ von Rechtsanwält Dr. Gustav Klein-Doppler. Seite 18.

Feuilleton.
Konrad Ferdinand Meyer.
(Zum fünfundsanzigsten Todestag.)
Von Hermann Vahr.
Konrad Ferdinand Meyer hatte seinen Lebensweg schon zur Hälfte hinter sich, ohne noch recht zu wissen, was mit ihm vom Schicksal eigentlich gemeint war: ein Maler oder ein Dichter. Er schien zunächst der geborne Dilettant, der, wenn er gelegentlich bald diese, bald jene Kunst treibt, dazu nicht durch ein in ihm nach Offenbarung verlangendes Werk gedrängt wird, sondern im Grunde nur den eigenen Kunstgenuß steigern will: man hat von Kunstwerken viel mehr,

wenn man aus Erfahrung weiß, worauf es dabei ankommt. Um als ein solcher Dilettant höchsten Rang sein Leben zu verbringen, hätte er freilich der Mutter und der Schwester Entbehrungen zumuten müssen, aber robusten Naturen gibt es ja für selbstverständlich, ihrer Umgebung gar kein größeres Glück bereiten zu können, als wenn sie nur selber glücklich sind. In ihm war's eher der Züricher Patriizier, der es seinen Ahnen zu schulden meinte, vor der Welt etwas zu sein. Der erste dieser Ahnen war freilich ein 1614 eingewandertes Schneider, aber sie hatten sich, zähe, langsame, beherrliche Leute, dann durch Einheirat in alte Familien emporgebracht und gar das Andenken seines Vaters, der, Schüler Sanignys, ein glänzender Jurist, eng konservativ gestimmt, in der Stadtregierung rasch emporsteigend, sich durch Arbeit vor der Zeit aufgerieben hatte, mag Konrad Ferdinand als einen geheimen Vorwurf empfunden haben. Auch haben gerade Männer von sehr starkem Selbstgefühl zuweilen ein merkwürdiges Bedürfnis, es sich noch von außen bestätigen zu lassen und sich über das, was sie sind, auch öffentlich ausweisen zu können. So gab Konrad Ferdinand Meyer schließlich zu, daß seine Schwester von den Versen, die sich in den Jahren eingestellt hatten, aussuchte, was ihr am besten gefiel, und nach Stuttgart zu Gustav Pfister, dem schwäbischen Dichter, fuhr, um mit Hilfe dieser ihre befreundeten Familie vielleicht einen Verleger dafür zu finden. Frau Pfister las und erklärte: „Ein begabter Mensch ist Konrad sicherlich, aber es fehlt ihm doch der Hauch, an dem man den geborenen Dichter

Chronikbeilage der „Neuen Freien Presse“.

„Dostojewski, der Spieler.“ Veröffentlichung bisher unbekannter Briefe des Dichters. Seite 11.
„Das Mondseer Jedermannspiel in Wien.“ von Dr. Hans Bungers. Seite 11 und 12.
Den Schluß der Novelle „Auf den Klippen“ von Karl Federu. Seite 11.

Echte Gobelins Original Aubusson und Savonnerie
Gobelins der eigenen Manufaktur
Telephon 79510 Serie.

ORENDI

die Angestellten und Arbeiter, daß, wie in der Tschechoslowakei, Hunderte von Milliarden verloren gehen, nur deswegen, weil nicht die Einsicht bestand für die Bedürfnisse der Wirtschaft? Soll willkürlich ein Zustand herbeigeführt werden wie in England, das anderthalb Millionen Menschen hat, die nicht imstande sind, durch Arbeiten sich fortzubringen, und feiern müssen, weil die Hochöfen erloschen sind und die Fabriken sperren? Wir wollen bis zum letzten Augenblick nicht glauben, daß Oesterreich eine so furchtbare Erschütterung wird erleiden müssen. Dazu ist der Streitgegenstand doch nicht bedeutend genug und andererseits die Katastrophe der Wirtschaft zu schrecklich. Der Kanzler nimmt den Streit in seine Hand. Wir bauen auf seine Klugheit.

Der Aufmarsch der Parteien in Frankreich.

Außerungen eines Mitgliedes der radikalen Partei.

Von unserem Korrespondenten.

Paris, Ende November.

Europas Zukunft hängt zum guten Teil von zwei Wahlergebnissen ab: dem englischen Anfang Dezember, dem französischen zu Weihnachten und im April des nächsten Jahres. Ein hervorragender Parlamentarier Frankreichs, Mitglied der radikalen Partei, stellt ihrem Berichterstatter auf seinen Wunsch folgende Ausführungen zur Verfügung, die ein übersichtliches Gesamtbild der politischen Lage und Zukunft Frankreichs darstellen:

„Das buntestillende Gebilde, das wir „bloc national“ nennen, war schon 1919, im Augenblick seiner Geburt, eine Fälschung der öffentlichen Meinung des Landes, die durch ein Wahlrecht ermöglicht wurde, wie es bloß noch bei parlamentarischen Wahlen möglich ist. Die Aufgaben, zu deren Lösung er ins Palais Bourbon einzog, waren überdies ganz andere als die, die es heute zu lösen gilt. Das Volk Frankreichs, bedrückt durch Siegesfanfaren, berauscht durch gänzlich unmögliche Versprechungen („Le Boche payera tout“), war in gänzlicher Unkenntnis der schweren wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, die der Krieg auch für die Siegernationen aufgeworfen hatte.

Natürlich werden sich die jetzt herrschenden Parteien bemühen, das Wahlergebnis, das schon in wenigen Monaten votiert sein muß, so auszuklären, wie es ihrem Vorteil entspricht. Es wird ihnen alle, der Opposition keine einzige Chance gewähren. Dennoch werden wir sie schlagen. Sehen Sie sich das Ergebnis sämtlicher Teilergebnisse an, die seit zwei Jahren erfolgt sind. Aus Festungen, die uneinnehmbar schienen, wird der nationale Bloc im ersten Anzuge verjagt. Nicht nur in Paris selber und in seiner Banne, auch in den entlegensten Departements erringen die Linksparteien glänzende Siege. Der ganze Norden und drei Viertel des Südens sind gänzlich für die Nationalisten verloren. Bleibt der von jeher stark chovinistische Osten. Aber auch hier erleben wir Wunder über Wunder. Das Elsaß ist sozialdemokratisch geworden, und Burgund hat noch kürzlich dem bloc national eine unprecidentige Abgabe erteilt. Herr Arago wird sich also wohl oder übel damit begnügen müssen, die Rolle der Republikaner vom Jahre 1793 zu spielen und in der Vendée seine Stimmen zu sammeln.

Seinem innersten Wesen und seiner ganzen Zusammenfassung nach ist der nationale Bloc ein rein politisches Gebilde, das für finanzielle und wirtschaftliche Fragen nicht das geringste Verständnis hat. Instinktiv aber erkennt heute auch der letzte französische Bauer, daß mit der Lösung des Finanzproblems das Land steht und fällt. Man macht sich außerhalb Frankreichs — ich machte auf Reisen in England wie in Deutschland dieselbe Erfahrung — nur schwer eine Vorstellung von unserem wirklichen finanziellen Elend. Auf den Kopf eines jeden Franzosen kommen heute schon 9250 Francs Schulden, die fast alle „schwebend“, also möglichst gefährlich sind. Bis 1926 kommen noch 50 Milliarden allein für die zerstörten Gebiete hinzu, wobei zu bemerken ist, daß mit einem Zinsendienst von 18 Milliarden das Gleichgewicht des Budgets ebenfalls undenkbar sein

wird. Die dringendsten öffentlichen Arbeiten bleiben unerledigt; die meisten Straßen sind in einem schauerhaften Zustande, die Häfen verlanden, die Eisenbahnen sind vollkommen heruntergewirtschaftet.

Man sagt uns: Deutschland wird zahlen. 26 Milliarden Goldmark, gleich 120 Milliarden Papierfrancs, werden uns zurückerstattet werden. Darauf ist zu antworten: Deutschland wird nur dann zahlen können, wenn es Ruhe im Innern hat, arbeiten kann und die Einheit ihm erhalten bleibt. Will das unser bloc national? Seine Politik beweist immer wieder: Nein! Er ist sogar zynisch genug, es offen auszusprechen: „Uns ist Deutschlands Ohnmacht lieber als die Goldmilliarden, die es uns bei seinem Wiederaufblühen zahlen würde.“ Die Angelegenheit hat aber noch eine andere Seite. Selbst wenn es dem nationalen Bloc gelänge, größere Zahlungen vom Reich zu erzwingen, so wäre damit Frankreichs Bankrott noch lange nicht vermieden. Bei der gegenwärtigen Finanzpolitik der Regierung Poincaré wäre es unermesslich, daß der französische Franc sofort um einen guten Bruchteil seines Wertes hinausfiele, wodurch die Schuldenlast des Landes um die gleiche Summe, die Deutschland gezahlt hat, vermehrt würde und das Resultat gleich Ruin wäre.

Der nationale Bloc ist vermöge seiner allgemeinen politischen Einstellung nicht in der Lage, Frankreich vor dem finanziellen Bankrott zu retten. Es gibt bei uns wahrscheinlich nur einen einzigen Mann, der dazu fähig ist: Josef Caillaux. Ich kenne die Widerstände, die auch auf radikaler Seite gegen diesen Namen bestehen. Sie sind vielleicht in einer anderen Hinsicht berechtigt — darüber wird eine spätere Forschung entscheiden müssen. Vorläufig aber können wir nur das eine festhalten: Frankreichs Rettung besteht einzig und allein in einer ehrlichen Verständigung mit Deutschland. Nicht zu einer politischen Intzige, wie es von mancher Seite gefordert wird, um etwa England die Röhre zu zeigen, sondern ganz einfach zur politischen und finanziellen Selbsthaltung. Gemeinsame Interessen, die viel stärker sind und viel weiter gehen als die des Schuldners und des Gläubigers, verbinden die beiden Reiche. Wäre der Friede 1917 geschlossen worden, so wäre dieses Bündnis heute Wirklichkeit. Der Weg ist jetzt unendlich schwieriger, aber er muß trotzdem gegangen werden. Es führt kein anderer in eine bessere Zukunft hinein. Lassen Sie mich über Einzelheiten jetzt noch schweigen. Im gegebenen Augenblicke werden sie bekannt gemacht werden und es wird sich dann zeigen, ob die Völker wirklich den Haß, der ihren Ruin besiegelt, der Verständigung, die ihre Wohlfahrt sichert, vorziehen wollen. Wir glauben es nicht.

Sie wissen, um was der Kampf geht. Wir haben ihn auf der ganzen Linie aufgenommen. Man hat uns bei den letzten Nationalwahlen in Paris vorgeworfen, unser Haß gegen den nationalen Bloc gehe so weit, daß wir seinem Kandidaten sogar den Kommunismus vorzögen. Es handelt sich um die Wahl Ribots, des verurteilten Eisenbahnbeamten. Einer unserer Programmpunkte ist die allgemeine Amnestie für politische Vergehen, die der nationale Bloc seit Jahren verweigert. Wir wählten den Kommunismus, weil auch er den Kampf um die Amnestie führte. Sonst aber haben wir im ganzen Lande die Parole ausgegeben: Gegen bloc national und gegen Kommunismus. Zwischen diesen beiden Extremen unterhalten wir jegliche politische Meinung. Der große „Bloc der Linken“ ist so gut wie überall fest geschlossen, und er wird uns den Sieg bringen. Gewiß, wir haben uns mit den Sozialisten verbündet. Sie gehen in der außenpolitischen Frage mit uns Hand in Hand. Die ist wichtiger als jede andere. Europa geht mit Riesenschritten einem zweiten Weltkrieg entgegen. Dieses entsetzliche Unheil gilt es vor allem zu verhindern. Erst gesicherter Völkerfriede, dann Friede im eigenen Haus. Primum vivere: das Wort gilt zunächst für die Nationen, dann für die Individuen.

Man hat oft schon die Vermutung ausgesprochen, daß in letzter Stunde Poincaré vielleicht sogar den bloc national seinem Schicksal überlassen werde. Seiner politischen Klugheit, seinem vielgerühmten Scharfsinn trauen wir das schon zu. Es ist ja auch ein offenes Geheimnis, daß er gerade in diesem Augenblicke mit Millerand einen schweren Kampf aussieht. Der Präsident der Republik steht offenkundig

unter dem Einfluß der äußersten Rechten, die eine energische Aktion gegen die Regierung, etwa nach spanischem Muster, für „günstige“ Wahlen fordert. Man kennt ja die Mittel: Absetzung der Beamten, deren Bestimmung nicht einwandfrei ist, finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zum Zwecke einer geeigneten Propaganda, Ordensverleihung usw. Es scheint nun, daß Herr Poincaré nicht stamm genug „marschiert“. Hat er doch sogar seinen Ministern bis zu den Wahlen das Reden verboten. Seinen harten Vohringerschädel, den man sonst so sehr preist, hier möchte man ihn etwas weicher haben.“

Dr. P.

Die zweite Etappe der Gehaltsregulierung.

Von einem höheren Bundesbeamten.

Wien, 27. November.

Einleitend im Namen zahlreicher Berufs- und Schicksalsgenossen ein Wort des Dankes für die Haltung dieses Blattes, das in seiner bekannten vornehm-sachlichen Art in der Befolgungsfrage stets eine beamtenfreundliche Stellung einnahm und hierbei auch insbesondere für die Ansprüche der bis nun relativ am meisten benachteiligten Angestellten der höheren Rangstufen eintrat — im Gegensatz zu so manchen Faktoren der Öffentlichkeit, die sich nur um den Beifall der größeren Zahl bemühen!

In der derzeit aktuellen, sogenannten zweiten Phase der Gehaltsaufbesserung spielt bekanntlich die prinzipielle Frage des Leistungsprinzips eine bedeutende Rolle. Sollen die begrenzten Mittel zur durchgreifenden Besserstellung der durchschnittlich auf 28 Prozent ihrer Friedensbezüge gesetzten höheren Beamten verwendet werden oder sollen diese neuerlich dadurch verkürzt werden, daß eine allgemeine Regulierung, wenn auch unter sekundärer Berücksichtigung der mittleren und niederen Beamten, die bereits durchschnittlich zirka 75 Prozent ihrer Friedensbezüge erreicht haben, vorgenommen wird?

Es liegt auf der Hand, daß die zweite Eventualität eine schreiende Ungerechtigkeit darstellen würde, die sicherlich noch andere Folgen hätte als die der Verschärfung der bereits bei den höher qualifizierten Beamten seit Jahren mühsam niedergehaltenen Verbitterung.

Zur besseren Orientierung der Öffentlichkeit seien aber hier noch einige minder bekannte Einzelheiten angeführt.

Es wird vielfach übersehen, daß bei der sinnwidrigen „Hinaufnummerierung“ der Beamtenschaft seit 1919 nur die unteren Schichten tatsächlich eine Verbesserung ihrer Position erlangten: der Amtsdienner, der Streckenwächter usw. wurden Beamte! Die Diurnisten von einst erhielten nebst Goldkragen und dem Titel „Direktor“ auch die bisher fehlende Pragmafizierung. Ginge es nun in absichtlicher Entwürdigung der im hierarchischen System liegenden ideellen Momente scharenweise ernannten Hofräte sich wohl bewußt, daß bei ihnen nur eine der Inflation ähnliche Täuschung vorliegt und daß sie nach der inneren Struktur des Aufbaues der Beamtenorganisation in Wahrheit größtenteils nur in der ehemaligen VII., höchstens VI. Rangklasse stehen!

Die materielle Zurücksetzung der höher qualifizierten Beamten ist noch ärger, wenn man die Einkünfte von Familienerhaltern einer Vergleichung zugrunde legt! Es kann als typisch bezeichnet werden, daß in den Kreisen der niederen und mittleren Beamtenschaft die Gattin und die Kinder zur Haushaltungskasse wesentlich beisteuern oder diese durch eigenen Erwerb entlasten — die Hofrätstochter erhält für kunstvolle Stickereien 100.000 Kronen wöchentlich bei mühsamer, die Augen schwächender Arbeit...

Ebenso ist es typisch, daß eine Gehaltsaufbesserung bei den unteren Schichten der Beamtenschaft sofort und fast ausschließlich sich in einer Erhöhung des Konsums (unter einer dem Produzenten wohl erkennbaren Freigebigkeit) auswirkt und daher regelmäßig zu allgemeinen Preissteigerungen Anlaß gibt; dies ist zweifellos ganz anders, wenn der Hofrat nach langen Konferenzen mit dem Schneider oder Tapezierer sich zur Anschaffung eines neuen Anzuges oder zur Herbeibringung der defekten Möbel entschließt...

Es wäre daher nur elementarste Gerechtigkeit, wenn die beabsichtigte Suspension des Inzeregesetzes für die höheren Befolungsgruppen unterbliebe! Reibet bei bemerkt möge aber bei dem Auftreten der „Teuerungswellen“ deren Ver-

erkennt.“ Dennoch war schließlich ein Verleger auf Pfisters Empfehlung hin bereit, die Gedichte zu bringen; nur mußte der Dichter die Druckkosten zahlen, vierhundert Franken. Und dann wäre der Plan fast im letzten Augenblick noch gescheitert, denn, wie die Schwester heim schrieb: „Deine Handschrift kann man nicht lesen, sie sei französisch. Zuletzte mußst du dich auch noch zu den deutschen Buchstaben bequemen.“ Konrad Ferdinand war aus seiner Lausanner Zeit her lateinische Lettern gewohnt. Denn, wie er sich erst entscheiden mußte, Maler oder Dichter zu sein, blieb es ihm lange Zeit auch unentschieden, ob er Franzose war oder Deutscher. Beides entschied sich ungefähr um dieselbe Zeit. Er war fünfundsiebzig Jahre alt, als er sich, im Deutsch-französischen Krieg, entschloß, fortan ein Dichter und ein Deutscher zu bleiben. Seine Dichtung wie sein Deutschtum beruht auf einem bewußten Willensakt.

Aber er hat als Dichter den Maler so wenig jemals ganz verleugnen können, als sein Deutsch den Franzosen verleugnen kann. Ich hätte vielleicht nicht den Mut, meinen Ohren zu trauen, wenn es mir nicht Karl Spitteler, ein unerbäuerlicher Zeuge, bestätigt hätte: „Se öfter ich seine Novellen lese,“ schreibt Spitteler, „desto unbedenklicher urteile ich: das ist französisch, nicht deutsch, französisch bis in den Bau des Satzes; wohlverstanden, nicht modern französisch, sondern französisch aus der klassischen und vorclassischen Zeit, das Französisch der großen Memoirenschreiber und das Französisch von Ravaara.“ Ja, einen Hugonotten geradezu nennt ihn Spitteler. Da wurde mir dann erst auch klar, warum mich der Herbstlegen seiner fruchtüberladenen Herrlichkeit zuweilen so drückend ängstigt: sie ist barock, aber nicht von unserem Barock, sie ist das Barock eines Jansenisten. Es ist ein Barock, das sich irgendwie selber vergewaltigt und einen immer wieder um den Dichter hangen läßt, weil es doch vor allem offenbar auch ihn selber verewaltigt. Einmal in das

seiner Zeit erloschen war, schwingt ihn in eine Höhe, daß er im beseligenden Anblick des Schien nun nicht bloß den Entschluß dazu faßt, sondern auch die Kraft findet, es sich und anderen vorzutauschen. Vielleicht noch keinem je gelang, sich über seine Zeit und auch über sein eigenes Maß so gewaltig emporjudichten; und vielleicht in der ganzen Weltliteratur gibt es kein zweites solches Beispiel, welche Wunder entschlossener Wille vermag. Er hat sein halbes Leben damit verbracht, zunächst einmal Atem zu sammeln für den ungeheuren Sprung über seine Kraft, und zwanzig Jahre hielt dann dieser Willensakt schöpferisch durch. 1891 aber brach er nieder, er war verzehrt und nur die Hälfte von dem, was einst Konrad Ferdinand Meyer hieß, blieb noch sieben Jahre lang übrig. Wir haben keinen anderen Artisten so hohen Ranges, keinen, der dem Künstler so nahe kam, keinen, der es so furchtbar hat hüben müssen.

Als er auftrat, war Stifter seit drei Jahren tot, von Grillparzer nur noch der raunzende Hofrat übrig. Mörike verstummt, Storm erst einem stillen Kreise bekannt und Fontane ein Kriegsberichterstatter der „Kreuzzeitung“, der sich noch zehn Jahre Zeit ließ, bis ihm wieder einfiel, ein Dichter zu sein. Er fand eigentlich nur zwei deutsche Dichter vor, beide auch Schweizer: Gottfried Keller, unseren größten Erzähler seit Stifter, und Heinrich Leuthold, der auch das Ausgebot eines ungeheuren Formwillens mit Umnachtung des erschöpften Geistes zu bezahlen hatte, noch vor Konrad Ferdinand. Seit die Form, die dem Deutschen des Mittelalters anhaftete wie seine Haut, zerriss, steht jeder deutsche Künstler von neuem wieder wie vor der Erschaffung der Kunst, jeder deutsche Dichter muß sich gleichsam das Dichten erst noch einmal erfinden, jeder singt noch einmal von vorn an. Gar aber das ungeduldige, von vornherein ja Kunst nur als Mittel zum Zweck, zur Einwirkung auf den Tagesstimm

sagen, daß es sich gar nicht erst darauf einließ zu bilden: es reibe nur noch. Man halte bloß einen Satz der Brüder Grimm oder Uhlands neben einen jungdeutschen: jener ganz Natur, dieser Papier. Aber mit dem „Wort- und Wurzelgefühl“, das Speidel, selbst einer, in dem es noch urlebendig war, an Jakob Grimm rühmt, erlosch allmählich auch der Sinn für den Atemzug alles Lebens: für jenes in der Natur überall zuühlende, nirgends zu fassende Geheimnis, wodurch allein erst ihr höchstes Wunder entsteht, Gestalt. Wenn wir an einem Antlitz die Wölbung der Stirne, den Winkel der Nase, das Schwellen der Lippen belauschen und alle seine Züge dann addieren, ergibt uns das noch immer kein Gesicht, es muß noch etwas anderes sein, etwas Unbegreifliches, wodurch ein Gesicht erst zu diesem einen Gesicht wird, von dem es kein Duplikat gibt. Wodurch allein nun alles Lebendige, Mensch, Baum oder Tier, erst etwas wird, von dem es kein Duplikat gibt, dieses niemals für sich allein, aber an jeder Erscheinung Erscheinende, das, auf ihr Wesen deutend, ihr ihre Würde, ja sozusagen erst ein Recht auf ihr Dasein gibt, dieses durchaus Unvergleichliche, durchaus Unerfessliche nennen wir Form. Form ist die Beglaubigung des Lebens. Mit dem Leben stellt sie sich von selber ein, mit dem Leben, wenn es vergeht, erlischt auch sie. Sie ist das Lebenslicht. Kräftige Zeiten fragen nach ihr so wenig, als ein Gesunder sich ums Aimen sorgt. Wenn in der Kunst das Formproblem auftaucht, ist das immer ein Zeichen, daß ihr eigenes Leben selber schon problematisch geworden ist. Gerade die Zeiten, deren großen Formwillen wir bewundern, wollen die Form gar nicht erst, sie haben sie ja schon. Zeiten, in denen die Form überquillt, wie das Barock, verraten Angst, die Höhe der ihnen zugemessenen Lebenskraft erreicht zu haben. Zeiten aber, die ihre Kraft schwinden fühlen, greifen bang nach der entliehenen Form oder wähen gar die schon

anlassung nicht stets nur in den Gehaltsforderungen der öffentlichen Angestellten genügt werden.

Eine Berücksichtigung der höheren Beamten in dem einleitend entwickelten Sinne ist um so gebotener, als in den meisten Ressorts keinerlei Nebenbezüge vorhanden sind, die, wie zum Beispiel bei dem Stationsvorstand gegenüber dem Platzmeister oder bei der Polizei durch ihre Differenzierung nach dem Range des Empfängers, die Spannung herstellen.

Zum Schluß kann die bittere Empfindung nicht unterdrückt werden, daß in der neuerlichen Hintansetzung der höheren Beamtenschaft ein nicht zu vergebender Undank der Mehrheitsparteien zu erblicken wäre. Die mittleren und niederen Angestellten haben mit dem Stimmentzettel in der Hand größtenteils ihre Unzufriedenheit mit dem Verhalten des Bundes gegenüber seinen Beamten dokumentiert — wo wäre die bürgerliche Majorität, wenn die höheren Beamten nicht ihren schier unzeitgemäßen Idealismus und Patriotismus neuerlich betätigt hätten? Das geduldige Ausstehen ist ihnen wohl um so höher anzurechnen, als die Gemeinde Wien — zum Teil aus Bundeszuschüssen — ihre Beamten knapp vor den Wahlen bedachte.

Es wird auch in absehbarer Zeit die Frage aufgeworfen werden müssen, ob nicht der Staat, und zwar nicht nur seiner Steuereingänge halber, sondern auch um der Gerechtigkeit und Vernunft willen, darauf wird sehen müssen, daß die Arbeit nach der Tüchtigkeit, Vorbildung und Verantwortung des Arbeiters bezahlt wird und nicht nach der Stöpskraft seiner Organisation, dem Erfassen der Konjunktur durch den Arbeitgeber oder überhaupt der Lukrativität des Betriebes.

Die Suche nach einem Reichskanzler.

Der Führer der christlichen Gewerkschaften Stegerwald im Vordergrund.

Wien, 27. November.

Die Frage der Nachfolge Stresemanns ist noch immer nicht entschieden. Nach dem Scheitern der Bemühungen des ehemals der Rechten und nun der Volkspartei angehörenden Herrn v. Kardoff wurde vom Reichspräsidenten als Leiter eines außerparlamentarischen Kabinetts der frühere Schatzminister Dr. Albert und von der Rechten der Minister des Innern des Kabinetts Stresemann Dr. Jarres kandidiert. Heute mittag waren auch diese beiden Kandidaten schon erledigt. Der Plan, ein halbes oder ganzes Beamtenkabinet mit der Führung der Reichsgeschäfte zu betrauen, stieß auf die schärfste Gegnerschaft der Parteien und mußte vom Präsidenten Ebert fallen gelassen werden. Infolge dieser Gegnerschaft haben sich die bürgerlichen Parteien zuerst zu neuen Besprechungen über ein Ministerium der bürgerlichen Koalition zusammengefunden. Der Vorschlag der Deutschnationalen, an die Spitze einer solchen Regierung Dr. Jarres zu setzen, fand jedoch die deutlichste Ablehnung besonders seitens des Zentrums, das nun seinerseits den Kandidaten für die Kanzlerschaft stellen dürfte. Tatsächlich konnten gegen Dr. Jarres nicht minder berechtigte Bedenken erhoben werden wie gegen Dr. Albert. Wenn der eine außenpolitisch mit Rücksicht auf Amerika als ungeeignet erscheinen möchte, weil sich an seinen Namen die Erinnerung an die unglückliche Affäre der Dokumente über antiamerikanische deutsche Besetzungsgelder in Mexiko knüpft, so mußte eine Ernennung von Dr. Jarres wegen seiner vor wenigen Wochen abgegebenen Erklärungen über das Rhein- und Ruhrland in weiten Kreisen verlegend wirken.

Gegen den früheren preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald konnten so gewichtige Einwendungen nicht erhoben werden, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß gerade er in sozialdemokratischen Kreisen als Führer der christlichen Gewerkschaften vielleicht auf die wenigst günstige Aufnahme zu rechnen hätte, was seine Stellung nicht erleichtern würde. Stegerwald war vor dem Krieg Sekretär der christlichen Arbeiterinternationale und hat als solcher die Welt kennen gelernt. Der Krieg überraschte ihn sogar auf einer Studienreise durch Afrika. Später wurde er ins preussische Herrenhaus berufen und zum Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes bestellt. Auf einem Kongreß der christlichen Gewerkschaften betonte er, damals schon preussischer Wohl-

fahrtsminister, die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller deutsch-christlich-demokratisch-nationalen Elemente der Nation. Zuletzt ist Stegerwald als preussischer Ministerpräsident besonders hervorgetreten. Innerhalb der Zentrums-partei zählt er jedenfalls zu den prominenten Männern, und schon seit langem galt er als Anwärter auf den Kanzlerposten. Seine offizielle Betrauung ist indessen bis zur Stunde noch nicht erfolgt, da die Einigung der Parteien zu dem bürgerlichen Block noch nicht vollendet ist. Die Demokraten, ohne die ein solcher Block ohne Mehrheit wäre — denn er würde dann nur über die 67 Stimmen der Deutschnationalen, die 66 Stimmen der Volkspartei, die 68 Zentrumskräfte, die 24 bayerischen Volksparteiler und die 2 Hannoveraner verfügen, das sind 227 von 459 Abgeordneten — verweigern vorberhand kategorisch ihren Beitritt, scheinen aber bereit, zunächst ihre wohlwollende Neutralität zuzusichern, falls die Rechte ihrerseits sich zu gewissen Konzessionen bereit erklärt.

Versuche zur Bildung eines parlamentarischen Kabinetts.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 27. November.

Der Versuch des Dr. Albert, ein Kabinet zu bilden, ist an dem Widerstande der Parteien gescheitert. In einem Briefe an den Reichspräsidenten weist Dr. Albert auf die politischen Schwierigkeiten hin, die ihm die Erfüllung seiner Aufgabe unmöglich gemacht haben. Wie ein deutschnationales Blatt wissen will, war es General v. Seeckt, der Dr. Albert bestimmt hat, auf weitere Versuche zur Kabinettsbildung zu verzichten. Der General hat Dr. Albert heute morgen, aufgesucht, um ihn zu diesem Verzicht zu bestimmen. Nunmehr wird wiederum der Versuch gemacht, ein parlamentarisches Kabinet zu bilden. Die Verhandlungen zwischen den Parteien, die den großen Bürgerblock zum Gegenstande haben, wurden heute im Laufe des Tages fortgesetzt, und auch Reichspräsident Ebert berief wieder einige Parteiführer zu sich, um mit ihnen die Lage zu besprechen. Vor allem war es der Vorsitzende des Zentrums Dr. Marx, der dem Reichs-

Die Kandidaten für den Reichskanzlerposten.

Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen zwischen den Parteien kann gegenwärtig die Lösung des Bürgerblocks als wahrscheinlich bezeichnet werden. Nur über die Person des Reichskanzlers bestehen noch große Meinungsverschiedenheiten. Die Deutschnationalen wollen Dr. Jarres zum Reichskanzler machen. Das Zentrum lehnt dies aber ab, vor allem deshalb, weil die Uebernahme des Reichskanzlerpostens durch Doktor Jarres, der für die Loztrennung der Rheinlande eingetreten ist, im Rheinlande verhängnisvolle Wirkungen hervorrufen könnte. Das Zentrum hat es bisher abgelehnt, selbst den Reichskanzler zu stellen. Insbesondere weigert sich der Vorsitzende des Zentrums Dr. Marx, der bei allen Parteien Sympathien genießt und da er als Rheinländer sich im jetzigen Augenblick, wo die Rheinlandsfrage die wichtigste aller Fragen ist, ganz besonders zum Reichskanzler eignen würde, diesen Posten anzunehmen. Im Zentrum taucht der Gedanke auf, den früheren preussischen Ministerpräsidenten Dr. Stegerwald auf den Reichskanzlerposten zu berufen. Dr. Stegerwald strebt diesen Posten seit Jahren an und hat nur auf den günstigen Augenblick gewartet. Er ist ein rechtsstehender Politiker von ziemlich unklaren Ideen. Im Laufe des Tages tauchte auch der Gedanke auf, dem Vorsitzenden der bayerischen Volkspartei im Reichstag, dem Damberger Doktor Leicht, den Reichskanzlerposten anzubieten. Man möchte, wie in Oesterreich, einen geistlichen Herrn an der Spitze des Staates haben und hofft, daß Dr. Leicht sich als ein ebenso kluger Politiker erweisen würde wie der österreichische Bundeskanzler. Von Dr. Leicht könnte man dies erwarten. Er ist ein Mann von großer Bedeutung, von maßvoller Gesinnung und alles eher als ein Reaktionsär. Aber es ist kaum anzunehmen, daß Dr. Leicht einer Berufung auf den Reichskanzlerposten Folge leisten würde. Jedenfalls ist man heute, am vierten Tage nach dem Ausbruch der Krise, der Lösung noch nicht viel näher gekommen.

Abends wurden die Verhandlungen über die Bildung des Bürgerblocks fortgesetzt. Sie gestalten sich schwierig, weil nicht nur das Zentrum und die Demokraten den Deutschnationalen gewisse Bedingungen stellen, sondern weil auch die Deutschnationalen ihrerseits die Erfüllung gewisser Forderungen von den anderen Parteien verlangen. Gegenwärtig ist es wahrscheinlich, daß, wenn die Parteien des Bürgerblocks sich einigen, Dr. Stegerwald den Reichskanzlerposten übernimmt. Stegerwald ist bereits im Reichstag und beteiligt sich eifrig an den Verhandlungen.

Ein Kabinet Stegerwald in Sicht.

Die Fraktion der deutschnationalen Volkspartei, die sofort nach den gemeinsamen Besprechungen der bürgerlichen Parteiführer zur Stellungnahme zusammentrat, hat Ergebnisse gezeitigt, die die Bildung des Bürgerblockkabinetts außerordentlich wahrscheinlich machen. Die Sitzung der Deutschnationalen, an der auch Dr. Helfferich teilnahm, war sehr bewegt. Nach mehrstündiger Debatte erklärte sich die Fraktion grundsätzlich mit einem Kabinet Stegerwald einverstanden. Für die Frage der preussischen Regierung hat man ein Kompromiß gefunden, das auch in diesem Punkte einen Rückzug der Deutschnationalen erkennen läßt. Parteioffiziös heißt es nämlich, daß die Deutschnationalen eine bürgerliche Koalition mit deutschnationalem Einschlag in Preußen mit aller Entschiedenheit erstreben. Damit ist also die Umbildung der preussischen Regierung nicht mehr als Bedingung formuliert. In dem deutschnationalen Communiqué heißt es dann weiter, daß aussichtsreiche Verhandlungen über die Bildung eines Bürgerblocks schweben und daß möglicherweise noch heute mit dem Reichspräsidenten über eine Regierung Stegerwald verhandelt werden wird. Das Zentrum hat sich an Dr. Stresemann mit dem Ersuchen gewendet, daß er in diesem Kabinet das Außenministerium übernehme, und da dies auch der Wille der Demokraten und der deutschen Volkspartei ist, kann damit gerechnet werden, daß sich die Deutschnationalen auch hiemit abfinden.

Kommunistische Ausschreitungen in Berlin.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 27. November.

Heute ist am späten Nachmittag zu Protestdemonstrationen gekommen, die von der Berliner Bezirksleitung der Kommunisten veranstaltet wurden und eine größere Anzahl Parteianhänger auf die Straße gebracht haben. Kurz nach Einbruch der Dunkelheit bewegten sich mehrere Demonstrationzüge nach dem Innern der Stadt. Die Demonstranten riefen: „Nieder mit der Diktatur! Nieder mit Seeckt!“ und versuchten sogar, an einer Stelle Barrikaden zu errichten. Etwa tausend Demonstranten gelang es, bis zum Lustgarten vorzudringen, wo sie die Internationale sangen und Hochrufe auf die deutsche Republik ausbrachten. Hier kam es zu kleineren Zusammenstößen, wobei die Schutzpolizei zunächst zwei Schüsse abgab. Da die durch starken Fuzug allmählich auf mehrere Tausend Personen angewachsene Menge die Aufforderung, den Platz zu räumen, mit Nieder-Rufen auf die Polizei beantwortete und aus der Menge Schüsse auf die Polizei fielen, gab die Polizei einige Schüsse ab, durch die anscheinend niemand verletzt wurde. Als die Demonstranten in geschlossenem Zuge abzumarschieren versuchten, wurden sie von der Schutzpolizei zerstreut. Gegen 7 Uhr abends war die Versammlung im Lustgarten beendet. Etwa 3000 Personen, die sich auf dem Lustgartenplatz angesammelt hatten, um dort zum Lustgarten zu marschieren, wurden von der Polizei mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Ein Polizeiwachmeister und mehrere Demonstranten wurden verletzt. Zwei Personen wurden verhaftet.

In der Nähe des Spittelmarktes kam es zu einem längeren Beschuss mit einer Patrone, in der



Herzmannsky
Marshallstr. 20

Gestrickte und gewebte
Schulter- und Umhängtücher
Chenille-, Seiden- und Woll-Kopftücher
u. Schale, Reiseplaid

Schöne Weibchensdekoration
„Im Flugzeug zum Nordpol“
Besichtigung frei!

präsidenten eine ausführliche Darstellung der Situation gab. Bei den Verhandlungen mit den Parteien hält sich die Sozialdemokratie vollständig zurück. Die größte Partei des Reichstages hat derart mandriert, daß sie sich selbst vollständig ausgeschaltet hat. Sie bleibt mit ihren 172 Mandaten untätig und räumt der Rechten das Feld, ohne auch nur den Kampf zu versuchen. Was die Haltung der übrigen Parteien anlangt, so lehnen die Demokraten es nach wie vor ab, einer Bürgerblockregierung, zu der auch die Deutschnationalen gehören würden, beizutreten. Hingegen sind sie bereit, einer solchen Regierung gegenüber sich zunächst neutral zu verhalten, unter der Bedingung, daß die Deutschnationalen die Erfüllung bestimmter Forderungen zusagen. Es sind die Forderungen, die gestern auch das Zentrum an die Deutschnationalen gestellt hat. Die Deutschnationalen sollen sich verpflichten, Politik auf verfassungsmäßiger Grundlage zu treiben. Nach der Meldung eines Abendblattes wird nunmehr von ihnen verlangt, daß sie die Republik und die Weimarer Verfassung anerkennen. Die Deutschnationalen sollen ferner darauf verzichten, zu verlangen, daß der Vertrag von Versailles für ungültig erklärt werde, wie sie dies bisher getan haben. Sie sollen sich ferner verpflichten, nicht den Rücktritt des Reichspräsidenten und auch nicht die Auflösung der großen Koalition in Preußen zu fordern. Endlich wird noch gefordert, daß weder das Reichswehrministerium noch das Ministerium des Innern von Deutschnationalen besetzt werden dürfen. Die Deutschnationalen können sich also den Eintritt in die Regierung nur erkaufen, indem sie wesentlich Teile ihres Programms aufgeben. Vielleicht wird ihnen aber auch dieser Preis nicht zu hoch sein, denn im strikten Gegensatz zu den Sozialdemokraten haben sie volles Verständnis dafür, was es bedeutet, an der Regierung beteiligt zu sein, und im Grunde ist der Kampf der Parteien bei der gegenwärtigen Regierungskrise eigentlich ein Kampf um die Leitung der bevorstehenden Neuwahlen. Diese Neuwahlen stehen in naher Zeit bevor, auch dann, wenn der Reichstag jetzt nicht aufgelöst wird, und die Deutschnationalen bieten alles auf, daß die Weimarer Verfassung, unter der Leitung einer Reichsregierung, bestehen bleibt.